D-2 Von Paris nach Bonn: Jetzt handeln - Klimakatastrophe verhindern, Abkommen retten!

Antragsteller*in: Jutta Paulus (KV Neustadt/Weinstr.), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Peter Hoffmann (KV Trier), Martin Eberle (KV Rhein-Pfalz), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Fabian Ehmann (KV Mainz), Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel), Lisett Stuppy (KV Donnersberg), Thomas Görgen (KV Mayen-Koblenz), Stefan Boxler (KV Bad Kreuznach), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Georg Högner (KV Bitburg-Prüm), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Waltraud Blarr (KV Neustadt/Weinstr.), Jörg Gräf (KV Mainz-Bingen), Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm), Katrin Eder (KV Mainz), Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt/Weinstr.), Wolfgang Frey (KV Kusel), Rüdiger Quaer (KV Kusel), Gabi Quaer (KV Kusel), Marcel Kühle (KV Mainz), Jochen Marwede (KV Kaiserslautern), Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Wolfgang Schlagwein (KV Ahrweiler), Kurt Werner (KV Neustadt/Weinstr.), Götz von Stumpfeldt (KV Mainz), Thomas Petry (KV Birkenfeld), Corinna Kastl-Breitner (KV Neustadt/Weinstr.), Tabea Rößner (KV Mainz), Uwe Diederichs-Seidel (KV Koblenz), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Christoph Fuhrbach (KV Neustadt/Weinstr.), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz), Wilfried Haas (KV Mainz-Bingen), Torsten Szielasko (KV Mainz), Katharina Binz (KV Mainz), Ludger Nuphaus (KV Bad Kreuznach);

Tagesordnungspunkt: 2. Aktuelle Politische Lage

Nach vielen Jahren klimapolitischer Stagnation war es 2015 gelungen, mit insgesamt 195 Staaten ein global verbindliches Klimaabkommen abzuschließen: Im Vertrag von Paris wurde vereinbart, den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu beschränken. Die einzelnen Staaten haben sich verpflichtet, alle fünf Jahre über ihre Klimaschutzpläne und –erfolge zu berichten.

Derzeit tagen in Bonn auf der COP23 die Verhandler der UN-Klimarahmenkonvention. Sie sollen ein einheitliches Regelwerk zur Bewertung und Überprüfung der von den Vertragsstaaten zugesagten Emissionsminderungen entwerfen.

Die bis jetzt vorgelegten Selbstverpflichtungen der Staaten würden dazu führen, dass der Anstieg der Welttemperatur um bestenfalls drei Grad Celsius begrenzt würde. Jeder Staat und jede Region ist deshalb dazu aufgefordert, weit höhere Anstrengungen zur Verminderung der Treibhausgas-Emissionen zu unternehmen.

Deutschlands Klimaschutzplan 2050 sieht die Reduktion der CO_2-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 90 Prozent vor. Die aufgelisteten Maßnahmen reichen jedoch in keiner Weise aus, um dieses Ziel zu erreichen. Auch das 2007 gesetzte Ziel, bis 2020 40 Prozent CO_2 gegenüber dem Referenzwert von 1990 einzusparen, ist kaum noch erreichbar. Die Große Koalition hält bislang immer noch schützend ihre Hand über die klimaschädliche Kohle.

Mehr und mehr Akteure erkennen aber: es ist Zeit zu handeln. Erst diese Woche haben sich die Stiftung 2 Grad und ein Bündnis aus über vierzig Unternehmen und Verbänden für den Kohleausstieg ausgesprochen und dazu aufgerufen, die „Chance für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durch eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz“ zu ergreifen.

Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass:

- In der kommenden Legislaturperiode die 20 dreckigsten Kohlekraftwerksblöcke vom Netz genommen werden;
- Der Ausstieg aus der Kohleenergienutzung im Einklang mit den Klimazielen vollzogen wird;
- Der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben wird, um 2030 100 Prozent Ökostrom zu erreichen;
- Ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene verabschiedet wird, welches sämtliche Sektoren zu substanziellen Treibhausgas-Einsparungen verpflichtet, sodass die Klimaziele 2020, 2030 und 2050 erreicht werden können;
- Die investitionsfeindlichen Beschränkungen, Umlagen und Abgaben für erneuerbare Eigenstromnutzung abgeschafft werden
- Eine CO2-Steuer eingeführt wird, die der tatsächlichen Umweltbelastung und dem Ressourcenverbrauch entspricht;
- Die Verkehrswende zügig vorangetrieben wird und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit die Fahrzeuge der Zukunft – vernetzt, emissionsfrei und autonom – in Deutschland entwickelt und gebaut werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Begründung der Dringlichkeit: Der Aufruf der Stiftung 2 Grad erfolgte erst nach Antragsschluss.

Unterstützende: